

Klima-Motion trotz Sympathien nicht überwiesen

Sachbearbeiter: Thomas Gehrig

Datum: 2. Dezember 2009

Nach engagierter Diskussion scheidet die in ein Postulat umgewandelte Klima-Motion der Jura- mit 77 zu 89 Stimmen nur knapp. Über das Ziel herrscht grosse Einigkeit, aber über die Vorgehensweise bestehen unterschiedliche Ansichten. Der Synodalrat wird in seiner bisherigen Arbeit bestärkt.

Die Motionäre versuchen, in den Kirchgemeinden eine verantwortungsbewusste Energieverwaltung zu etablieren. Sie sehen dort das grösste Energiesparpotenzial, weil kirchliche Gebäude erwiesenermassen häufig Energieschleudern sind. An der Basis fehlt häufig Wissen oder Geld für gezielte Energiesparmassnahmen. Darum sollte ein Unterstützungsfonds geäufnet werden. Zudem stellen sie fest, dass in der französischsprachigen Schweiz Schulungen für Energiemassnahmen fehlen.

Der Vorschlag der Gruppe Offene Synode (GOS) zur Konkretisierung des Fonds-Gedankens findet Akzeptanz bei den Motionären. Die Gelder sollten den Kirchgemeinden demnach für Abklärungen und Konzepte zur Verfügung gestellt werden; eine Rückzahlungspflicht würde erst dann bestehen, wenn keine Projekte daraus resultierten.

Ein Votum, den Finanzbeitrag an die kirchennahe Energieagentur oeku deutlich zu erhöhen, wird von Synodalrat Hans Ulrich Krebs mit dem Hinweis gekontert, dass die Deutschschweizer Kirchenkonferenz einen entsprechenden Berner Vorstoss nicht unterstützt habe und die Berner Kirche nicht allein Wegbereiter sein könne. Weiter betont er, dass die Bewahrung der Schöpfung auch dem Synodalrat ein vor-dingliches Anliegen sei und ihm die energetischen Probleme der Kirchgemeinden sehr bewusst wären.

Die GPK betont, dass ein Nein zur Motion nicht Nein zum Klimaschutz heisse. Die GOS verlangt vom Synodalrat mehr Führungsverantwortung, die Motion setze am richtigen Ort an.

Für den Synodalrat betont Hans Ulrich Krebs, dass an vielen Orten offene Türen eingermannt werden und die konkrete Umsetzung heute nicht vorhandene, zusätzliche Personal- und Fachkompetenz benötigen würde.

Die Ablehnung erfolgt mit 89 Nein und 77 Ja bei 8 Enthaltungen.

Referent des Synodalrates

Hans Ulrich Krebs, Departementschef Zentrale Dienste